Die verschollene Note des Auswärtigen Amtes an die Sowjetregierung vom 21. Juni 1941

Note des Auswärtigen Amtes an die Sowjetregierung vom 21. Juni 1941

Vorbemerkung von Sternbald:

Der Person, die diese Note abgetippt hat, sind einige Fehler unterlaufen (auch die Fußnoten betreffend), die ich korrigiert habe, soweit sie offensichtlich waren, aber in einigen Fällen belassen musste, da mir das Original nicht vorliegt.

Dies ist allerdings nachrangig, da der große Wert dieser Note darin liegt, Details der sowjetischen Aggressionspolitik gegen Deutschland aufzulisten, die sich unzweifelhaft in die auch heutzutage noch bekannte Ausgangssituation vor Beginn des Krieges zwischen den beiden Staaten einfügen.
Es ist bekannt, dass die Sowjetunion von Anbeginn an aggressiv und mit ihrer Konsolidierung zunehmend intensiver die weltweite Verbreitung des Kommunismus bzw. Bolschewismus verfolgte und in diesem Rahmen bereits vor dem Krieg mit dem Deutschen Reich militärisch im Baltikum und auf dem Balkan aktiv war.
Die einzelnen Schritte dieses Vorgehens werden in der vorliegenden diplomatischen Note erläutert und zeigen klar und deutlich die Kriegsabsichten der Sowjetunion gegenüber dem Deutschen Reich auf.

Die Absurdität des Märchens vom unbegründeten deutschen „Überfall“ kann nur einem Publikum verborgen bleiben, das nicht einmal über die grundlegenden Züge dieser Ausgangssituation Bescheid weiß.

So erklärt es sich auch, dass dieses Dokument durch die Alliierten bereits kurz nach der Kapitulation aus den deutschen Unterlagen entfernt und vernichtet wurde.
Die Politik der Nationalsozialisten jedoch war keine Geheimpolitik, denn sie informierte grundsätzlich das deutsche und andere Völker.
So gelangte diese diplomatische Note bereits während der Kriegszeit an die Öffentlichkeit.
Ich nehme an, dass die Absurdität der Siegergeschichtsschreibung bezüglich des Russlandfeldzugs direkt nach dem Krieg allen auch nur grundlegend informierten Deutschen und Osteuropäern voll bewusst war, sie aber im Rahmen der Besatzung und der Tatsache einer Recht und Wahrheit

verhöhnenden Kriegsführung und Unterwerfung nicht öffentlich diskutiert wurde. Nach Jahren des schamvollen Schweigens wuchsen dann Generationen heran, die aufgrund ihrer von den Siegern herbeigeführten Ignoranz auch absurde Märchen glauben. Ihnen kann die Lektüre dieser Note zur Befreiung von der Lüge dienen.

***

Vorwort von Siegfried Egel:
Nahezu 69 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges geistern immer noch die absurdesten und verlogensten Schuldzuweisungen für den Rußlandfeldzug 1941 gegen Deutschland bzw. Adolf Hitler seitens der Politiker, Medien und "Geschichtsbücher" durch die Welt, obgleich die bolschewistische Weltherrschafts-Zielsetzung, die unfaßbar hochgerüstete Industrie der UdSSR und das 1939 – 1941 unverhohlen erpreßte Vordringen Stalins über Finnland ins Baltikum, nach Polen, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien weltweit bekannt waren.

Auch war den eingeweihten Regierungskreisen der gigantische Truppenaufmarsch der Roten Armee an der gesamten Westfront zum Überfall auf Europa schon 1941 über Geheimdienste, Diplomatie und sogar Presse vermittelt worden. **Roosevelt und Churchill hatten zur Forcierung eines deutsch-sowjetischen Krieges der Sowjetunion schon Monate vor dem Juni 1941 bedeutendes Kriegsmaterial geliefert! Internationale Forscher haben dies später in vielfältigen Einzelheiten bestätigt.**

Jüngstes Beispiel der im dienstbeflissenen Umerziehungs-Opportunismus verstrickten "Geschichtsschreiber" lieferte Bogdan Musial mit seinem Buch Kampfplatz Deutschland: Stalins Kriegspläne gegen den Westen [2]. Er bestätigte an Hand sowjetischer Archivunterlagen eindeutig die weltweit einzigartige industrielle Hochrüstung, den Aufmarsch der sowjetischen Streitkräfte — "explizit auf den Angriffskrieg gegen Deutschland" (S. 465) [3] — dicht an den westlichen Staatsgrenzen, doch verharmloste er alle diese Fakten wieder. So verwies er auf Produktions- und Organisationsmängel im sowjetischen Staatsgefüge und "stellte fest", Hitler habe von den gefährlichen Vorbereitungen Stalins gar "nichts geahnt" [2] (S. 465), sondern sei statt dessen von "seiner Idee des Lebensraumerwerbs", ja der "Weltherrschaft besessen" gewesen (S. 462) und habe in unverantwortlicher Weise selbstverschuldet für Deutschland den Zweifrontenkrieg eröffnet. Deshalb sei Adolf Hitler nicht zu einem Präventivkrieg berechtigt gewesen. So sei er der "verbrecherische Aggressor", denn er habe schließlich "angefangen". **Beweise brauchte dieser zu spät Geborene für solche "Schlußfolgerungen" nicht.** Nicht einmal einen Blick in die Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik hatte er dafür nötig. Dabei hätte bereits ein

Blick in diese Akten, die bekanntlich allein von Vertretern der westlichen Siegermächte (Großbritannien, Frankreich, USA) herausgegeben worden sind, genügt, um einen solchen Unsinn zu widerlegen.

In Bezug auf die Vorgeschichte des Rußlandfeldzuges ist festzustellen, daß eine solche Fülle von authentischen Dokumenten bereits 1941 der Weltöffentlichkeit zugänglich gemacht worden war, die allein schon genügen würde, die dem Reichskanzler Adolf Hitler unterstellten kriegs- und eroberungslüsternen Motive eines von allen internationalen Zusammenhängen abgehobenen Diktators zu widerlegen. Bei den Herausgebern der Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik fällt auf, daß den vorsortierenden Umerziehern angesichts der ungeheuren Fülle an Dokumentenbeständen für 1941 entweder inzwischen die Lust oder die Fantasie, vielleicht auch das Personal, das Geld oder die Zeit fehlte, um dieselbe Intensität ihres Eifers für Fälschungen zu entwickeln, wie sie dies in Bezug auf die Jahre 1938/1939/1940 getan haben.

Für das Jahr 1941 begnügten sie sich offensichtlich mit dem Aussortieren unerwünschter Papiere. Ihnen war dabei natürlich klar, daß man mit dieser Methode ebenfalls den Effekt einer Verfälschung der Zusammenhänge erzielen kann. Das eine wie das andere – Fälschungen und Aussortierungen – findet sich in den ADAP als amtliche Publikation des Auswärtigen Amts der Bundesregierung.

So findet man zahlreiche sowjetische Beschwerden über Verletzung der russischen Lufthoheit durch deutsche Flugzeuge, aber keine einzige deutsche Beschwerde über Verletzung des deutschen Luftraumes durch sowjetische Aufklärer. Auch die erstaunte Frage des sowjetischen Außenkommissars Molotow an den deutschen Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, am 21. Juni 1941, er verstünde die Gründe gar nicht, warum die deutsche Regierung offenbar mit der sowjetischen Regierung unzufrieden sei, findet sich in den ADAP.

Doch man sucht im Band XII der Serie D 1937 – 1941 (6. April bis 22. Juni 1941) ganz entscheidende Dokumente vergebens: So z.B. das der internationalen Pressekonferenz von Reichsaußenminister v. Ribbentrop am frühen Morgen des 22. Juni 1941 vorgetragene und wenige Stunden zuvor dem sowjetischen Botschafter in Berlin, Dekanosow, übergebene “Memorandum der Reichsregierung” über die Gründe ihres militärischen Vorgehens gegen die UdSSR sowie die zugehörigen OKW-Meldungen und den Bericht des Reichsinnenministers Dr. Wilhelm Frick und des Reichsführers SS Heinrich Himmler über die Agitations-, Zersetzungs- und Sabotagearbeit der Komintern innerhalb des deutschen Machtbereichs.

Zwar weisen die Herausgeber der ADAP darauf hin, man könne diese

Dokumente in den seinerzeitigen Monatsheften für Auswärtige Politik von 1941 (Heft 7, S. 545 ff) nachlesen, doch wer kann das schon angesichts der systematisch "gesäuberten" Bibliotheken nach 1945? **Einem mehr oder weniger als Zufall zu bezeichnendem Umstand ist es zu danken, daß dem Verfasser ein noch 1944 in Berlin erschienener Band "Dokumente der Deutschen Politik — Der Kampf gegen den Osten 1941" zur Verfügung stand.**

Dieser Stempel ist zweifelsohne nicht für diesen Dokumentenband allein angefertigt worden, sondern für umfangreichen Bedarf! "Demokratisch zu erziehende" Studenten bedürfen schließlich anderer Literatur. Schüler werden in der Bundesrepublik z.Zt. bereits "in Versuchsprojekten" mit Comics für Geschichtsvermittlung versorgt.

Geht man diese Dokumentenpublikation durch, so erstaunt die umfangreiche und sorgfältige Arbeit, die mit dieser Zusammenstellung verbunden ist, zumal, wenn man die Kriegslage 1944 in Deutschland bedenkt. Noch etwas ist auffallend: Man findet in diesen Dokumenten nirgendwo irgendwelche verleumderische Hetze oder gar Greuellügen gegen irgendeinen der Gegner Deutschlands, sondern ausschließlich sachgerechte Argumentation! Das nachfolgende Dokumente über Ursachen und Zusammenhänge des Rußlandfeldzuges belegen — wie alle übrigen Dokumente ebenfalls –, daß sämtliche außenpolitischen Entscheidungen Hitlers sich aus vielfältigsten Informationen anderer Menschen und auch Regierungen als Folgerungen und Konsequenzen ergeben haben und nicht eine einzige einem ihm zuzuschreibenden willkürlichen, eigenmächtig vorher konzipierten Wahn oder "Plan".

Adolf Hitler niemals einem Untergebenen befohlen hat, irgendwelche Lügen zu lancieren, um von ihm "gewollte Aggressionen" in die Wege zu leiten,
es keiner Lügen bedurfte und auch solche nicht verwendet wurden, um der deutschen Wehrmacht den Präventivschlag gegen die UdSSR für den 22. Juni 1941 zu begründen, sondern die von deutscher Seite vorgetragenen Sachverhalte eindeutig den Tatsachen entsprochen haben. Daß man dabei in Berlin die militärische Stärke der Sowjetarmee nicht in vollem Ausmaß hatte erkennen und auch die Intensität der seinerzeitigen politischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR, Großbritannien und den USA nicht genügend hatte durchschauen können, ändert an diesem Sachverhalt nichts.

Deutschland war bereits 1939 von kriegs- und vernichtungswilligen Imperialmächten eingekreist. Deren Initiativen waren vor Kriegsausbruch am 1. September 1939 auf Vernichtung Deutschlands bzw. bedingungslose Kapitulation abgestellt! Es gibt kein einziges Dokument dieser Imperialmächte Großbritannien, USA oder der Sowjetunion – sieht man von Täuschungs- und im Sinne Lenins "taktischen" Dokumenten und Verträgen ab –, das belegen

würde, dem Deutschen Reich sei ab Frühsommer 1939 eine Friedenschance belassen worden!

Lesen Sie nun die einst verschollene diplomatische Note des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches an Sowjet-Rußland vom 21. Juni 1941:

I.

Als die Reichsregierung, bestimmt von dem Wunsche, zwischen Deutschland und der UdSSR einen Ausgleich der Interessen zu finden, sich im Sommer 1939 an die Sowjetregierung wandte, war sie sich darüber im klaren, daß die Verständigung mit einem Staate, der einerseits seine Zugehörigkeit zu der Gesellschaft der Nationalstaaten mit den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten vertrat, der aber andererseits von einer Partei beherrscht wurde, die als Sektion der Komintern die Verbreitung der Weltrevolution, also die Auflösung dieser Nationalstaaten anstrebte, keine leichte Aufgabe sein würde.
Unter Zurückstellung der schwerwiegenden Bedenken, die sich aus dieser grundsätzlichen Verschiedenheit in der politischen Zielsetzung Deutschlands und Sowjetrußlands und aus dem scharfen Gegensatz der sich diametral gegenüberstehenden Weltauffassungen des Nationalsozialismus und des Bolschewismus ergaben, hat die Deutsche Reichsregierung diesen Versuch unternommen.
Sie ließ sich hierbei leiten von dem Gedanken, daß die durch eine Verständigung zwischen Deutschland und Rußland bedingte Ausschaltung eines Krieges und die damit zu erreichende Sicherstellung der realen Lebensbedürfnisse der beiden sich von jeher freundschaftlich gegenüberstehenden Völker die beste Gewähr gegen eine weitere Ausbreitung der kommunistischen Doktrinen des internationalen Judentums nach Europa bieten würden.

Sie wurde in dieser Annahme dadurch bestärkt, daß gewisse Vorgänge in Rußland selbst und gewisse Maßnahmen der Russischen Regierung auf internationalem Gebiet eine Abkehr von diesen Doktrinen und von der bisherigen Methode der Zersetzung fremder Völker zumindest als möglich erscheinen ließen. Die Aufnahme, die der deutsche Schritt in Moskau erfuhr, und die Bereitschaft der Sowjetrussischen Regierung, einen Freundschaftspakt mit Deutschland zu schließen, schienen diesen Wandel zu bestätigen.
So kam es am 23. August 1939 zum Abschluß des Nichtangriffspaktes und am 28. September 1939 zur Unterzeichnung des Grenz- und Freundschaftsabkommens zwischen den beiden Staaten.
Der Kern dieser Verträge bestand,
in der gegenseitigen Verpflichtung der beiden Staaten, sich nicht anzugreifen und in friedlicher Nachbarschaft zu leben, und

in einer Abgrenzung der Interessensphären durch einen Verzicht des Deutschen Reichs auf jede Einflußnahme in Finnland, Lettland, Estland, Litauen und Bessarabien, während die Gebiete des ehemaligen polnischen Staates bis zur Linie Narew-Bug-San auf Wunsch der Sowjets Rußland eingegliedert werden sollten. [4]

Tatsächlich hat die Reichsregierung mit dem Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Rußland auch sofort eine grundsätzliche Umstellung ihrer Politik gegenüber der UdSSR. durchgeführt und seit diesem Tage eine freundschaftliche Haltung zur Sowjetunion eingenommen.

Sie hat die mit der Sowjetunion geschlossenen Verträge sowohl dem Buchstaben als auch dem Geiste nach getreulich erfüllt. Aber auch darüber hinaus hat sie durch die Niederwerfung Polens, d. h. also durch Einsatz deutschen Blutes, der Sowjetunion zu dem seit ihrem Bestehen größten außenpolitischen Erfolge verholfen.
Nur durch diese wohlwollende deutsche Politik gegenüber Rußland und durch die überwältigenden Siege der deutschen Wehrmacht ist dies möglich gewesen.
Mit Recht glaubte daher die Reichsregierung annehmen zu dürfen, daß auch die Haltung der Sowjetunion dem Deutschen Reich gegenüber eine gleiche sein würde, zumal während der Verhandlungen, die der Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau führte, und auch bei anderen Gelegenheiten von der Sowjetregierung wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß diese Verträge die Grundlage für einen dauernden Ausgleich der beiderseitigen deutsch-sowjetrussischen Interessen bilden und daß beide Völker unter Respektierung der gegenseitigen Regime und gewillt, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Partners einzumischen, zu einer guten, dauernden Nachbarschaft kommen würden. Daß die Reichsregierung sich in dieser Annahme gründlich getäuscht hat, sollte sich leider schnell herausstellen.

II.
Tatsächlich ist die Komintern schon bald nach Abschluß der deutsch-russischen Verträge wieder auf allen Gebieten aktiv geworden. Dies trifft nicht nur auf Deutschland allein, sondern auch auf die mit Deutschland befreundeten oder neutralen Staaten und die von den deutschen Truppen besetzten Gebiete Europas zu. Um nicht offen gegen die Verträge zu verstoßen, wurden nur die Methoden gewechselt und die Tarnung sorgfältiger und raffinierter gestaltet.
Durch ständige Anprangerung des angeblichen “imperialistischen Krieges Deutschlands” [6] glaubte man in Moskau offenbar, die Wirkung des Paktabschlusses mit dem nationalsozialistischen Deutschland ausgleichen zu müssen. Die starke und wirksame polizeiliche Abwehrtätigkeit zwang dabei die Komintern dazu, ihre zersetzende und nachrichtendienstliche Tätigkeit nach Deutschland auf Umwegen über Einsatzzentren in den Deutschland

benachbarten Ländern zu versuchen. Man bediente sich dabei ehemaliger deutscher kommunistischer Funktionäre, die in Deutschland Zersetzungsarbeit und Sabotagevorbereitung zu betreiben hatten. Der GPU.-Kommissar Krylow leitete eine systematische Schulungsarbeit zu diesem Zweck [7].
Daneben wurde eine intensive Zersetzungsarbeit nach den von Deutschland besetzten Gebieten, insbesondere nach dem Protektorat und dem besetzten Frankreich, aber auch nach Norwegen, Holland, Belgien usw. betrieben.

Die sowjetrussischen Vertretungen, so besonders das Generalkonsulat in Prag, leisteten hierbei wertvolle Hilfestellung. Mit funktechnischen Sende- und Empfangsanlagen wurde ein eifriger Nachrichtendienst unterhalten, der den vollendeten Beweis für die gegen das Deutsche Reich gerichtete Arbeit der Komintern lieferte [8]. Auch über die gesamte sonstige Zersetzungs- und Ausspäharbeit der Komintern liegt ein umfangreiches dokumentarisches Zeugen- und Schriftenmaterial vor. Ferner wurden Sabotagegruppen gebildet, die ihre eigenen Laboratorien unterhielten, in denen sie Brand- und Sprengbomben zur Verübung der Sabotageaktionen herstellten. Solche Anschläge wurden beispielsweise auf nicht weniger als 16 deutsche Schiffe verübt [9].
Neben dieser Zersetzungs- und Sabotagearbeit stand die Spionage. So wurde die Rückführung der Deutschen aus Sowjetrußland dazu ausgenutzt, um diese deutschen Menschen mit den verwerflichsten Mitteln für die Zwecke der GPU. zu gewinnen. Nicht nur Männer, sondern auch Frauen wurden in schamloser Weise zu Verpflichtungserklärungen für den Dienst der GPU. erpreßt [10]. Selbst die Sowjetrussische Botschaft in Berlin mit dem Botschaftsrat Kobulow [11] an der Spitze scheute nicht vor rücksichtsloser Ausbeutung der Rechte der Exterritorialität zu Spionagezwecken zurück. Des weiteren bildete das russische Konsulatsmitglied Mochow [12] in Prag den Kopf eines russischen Spionagenetzes, das das ganze Protektorat überzog. Weitere Fälle, in denen der Polizei ein rechtzeitiger Zugriff gelang, lieferten ein klares und eindeutiges Bild über diese umfangreichen sowjetrussischen Machenschaften.
Das Gesamtbild zeigt einwandfrei, daß von Sowjetrußland in großem Umfang gegen Deutschland illegale Zersetzung, Sabotage, Terror und kriegsvorbereitende Spionage in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht betrieben wurde [13].

Was die außerhalb Deutschlands in Europa betriebene Zersetzungsarbeit Sowjetrußlands betrifft, so erstreckte sich diese auf fast alle mit Deutschland befreundeten oder von ihm besetzten Staaten Europas [14]. So wurde beispielsweise in Rumänien von der kommunistischen Propaganda durch aus Rußland kommende Flugblätter Deutschland als für alle Schwierigkeiten verantwortlich hingestellt, um so eine antideutsche Stimmung wachzurufen. Das gleiche tritt seit dem Sommer 1940 in Jugoslawien deutlich in

Erscheinung. Die Flugblätter riefen dort zum Protest auf gegen das Paktieren des Regimes Zwetkowitsch [15] mit den imperialistischen Regierungen von Berlin und Rom.
Auf einer Versammlung von kommunistischen Parteifunktionären in Agram wurde der ganze Südosten Europas von der Slowakei bis nach Bulgarien als russisches Protektorat bezeichnet, das nach der von ihnen erhofften militärischen Schwächung Deutschlands kommen werde [16].

In der Belgrader [17] Sowjetgesandtschaft ist den deutschen Truppen der dokumentarische Nachweis für den sowjetrussischen Ursprung dieser Propaganda in die Hand gefallen.
Während die kommunistische Propaganda in Jugoslawien sich nationalsozialistischer Parolen zu bedienen suchte, wirkte sie in Ungarn vor allem unter der ruthenischen Bevölkerung, der sie die kommende Befreiung durch Sowjetrußland vorspiegelte. Besonders lebhaft war die antideutsche Hetze in der Slowakei, wo offen für eine Angliederung an Sowjetrußland geworben wurde.

In Finnland betätigte sich die berüchtigte “Vereinigung für Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion”, die im Zusammenwirken mit dem Sender Petroskoi [18] dieses Land zu zersetzen suchte und dabei in durchaus deutschfeindlichem Sinne arbeitete.

In Frankreich, Belgien und Holland wurde gegen die deutsche Besatzungsmacht gehetzt. In nationaler und panslawistischer Verbrämung wurde die gleiche Hetze im Generalgouvernement betrieben.

Kaum war Griechenland von den deutschen und italienischen Truppen besetzt worden [19], so machte sich auch dort die sowjetrussische Propaganda ans Werk.
Das Gesamtbild zeigt eine in allen Ländern systematisch betriebene Kampagne der UdSSR. gegen den Versuch Deutschlands, eine stabile Ordnung in Europa aufzurichten.

Nebenher geht die direkte propagandistische Gegenaktion gegen die Maßnahmen der deutschen Politik, die diese Maßnahmen als antirussisch zu denunzieren und die verschiedenen Länder für Sowjetrußland gegen Deutschland zu gewinnen sucht. In Bulgarien wurde gegen den Beitritt zum Dreierpakt [20] und für einen Garantiepakt mit Rußland [21] agitiert, in Rumänien durch Infiltration in die Eiserne Garde und Mißbrauch ihrer Führer, u. a. des Rumänen Groza, der Putschversuch vom 23. Januar 1941 [22] inszeniert, hinter dem als Drahtzieher die bolschewistischen Agenten Moskaus standen. Einwandfreie Beweise liegen der Reichsregierung hierüber vor.

Was Jugoslawien [23] anbetrifft, so ist die Reichsregierung in den Besitz von Unterlagen [24] gelangt, wonach der jugoslawische Delegierte Georgiewitsch schon im Mai 1940 in Moskau aus einer Unterredung mit Herrn Molotow die Überzeugung gewann, daß man dort Deutschland als den “mächtigen Feind von morgen” ansah.
Noch eindeutiger war das Verhalten Sowjetrußlands zu den von den serbischen Militärs vorgebrachten Waffenwünschen. Im November 1940 erklärte der sowjetrussische Generalstabschef dem jugoslawischen Militärattaché [26]: **“Wir geben alles Angeforderte, und zwar sofort”. Preise und Zahlungsweise wurden der Belgrader Regierung freigestellt, und nur eine Bedingung wurde gestellt: Geheimhaltung gegenüber Deutschland [27].**

Als die Regierung Zwetkowitsch später sich den Achsenmächten näherte [28] begann man in Moskau die Waffenlieferungen zu verschleppen; kurz und bündig wurde dies im sowjetrussischen Kriegsministerium dem jugoslawischen Militärattaché erklärt. Die Inszenierung des Belgrader Putsches [29] vom 27. März des Jahres bildete den Höhepunkt dieser konspirativen Tätigkeit serbischer Verschwörer und englisch-russischer Agenten gegen das Reich. Der serbische Leiter dieses Putsches und Führer der “Schwarzen Hand” [30] Herr Simitsch befindet sich noch heute in Moskau und entfaltet dort auch jetzt in engster Verbindung mit den sowjetrussischen Propagandastellen eine aktive Tätigkeit gegen das Reich. Die obigen Feststellungen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der ungeheuer umfangreichen Propagandatätigkeit der UdSSR. in Europa gegen Deutschland. Um daher der Außenwelt einen Gesamtüberblick über die Tätigkeit der sowjetrussischen Stellen in dieser Richtung seit Abschluß der deutsch-russischen Verträge zu geben und ihr ein Urteil zu ermöglichen, wird die Reichsregierung das ihr zur Verfügung stehende umfangreiche Material der Öffentlichkeit unterbreiten [31]. Insgesamt muß die Reichsregierung feststellen:

Die Sowjetregierung hatte bei Abschluß der Verträge mit Deutschland wiederholt die unmißverständliche Erklärung abgegeben, daß sie nicht die Absicht habe, sich direkt oder indirekt in deutsche Angelegenheiten zu mischen.
Sie hatte beim Abschluß des Freundschaftsvertrages in feierlicher Form zum Ausdruck gebracht, daß sie mit Deutschland zusammenarbeiten werde, um den wahren Interessen aller Völker entsprechend dem zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen und dieses Ziel so bald als möglich zu erreichen [31]. Diese sowjetrussischen Abmachungen und Erklärungen haben sich, im Lichte der oben erwähnten, im weiteren Verlaufe des Krieges immer klarer zutage getretenen Tatsachen gesehen, als eine bewußte Irreführung und Täuschung herausgestellt. Auch alle nur infolge der

deutschen freundschaftlichen Haltung erreichten Vorteile haben es nicht vermocht, die Sowjetregierung zu einer loyalen Haltung gegenüber Deutschland zu veranlassen. Die Reichsregierung hat sich vielmehr davon überzeugen müssen, daß die These Lenins, wie sie in den “Richtlinien für die Kommunistische Partei in der Slowakei” vom Oktober 1939 ausdrücklich nochmals niedergelegt wurde und wonach “mit einigen anderen Ländern Pakte abgeschlossen werden können, wenn sie den Interessen der Sowjetregierung und der Unschädlichmachung des Gegners dienen”, auch beim Abschluß der Verträge vom Jahre 1939 Pate gestanden hat.

Der Abschluß dieser Verträge der Freundschaft war somit für die Sowjetregierung nur ein taktisches Manöver. Das eigentliche Ziel bestand darin, für Rußland vorteilhafte Abmachungen zu erreichen und damit gleichzeitig ein weiteres Machtmäßiges Vorgehen der Sowjetunion vorzubereiten.

Der Leitgedanke blieb die Schwächung der nicht-bolschewistischen Staaten, um sie leichter zersetzen und zur gegebenen Zeit niederschlagen zu können. Mit brutaler Deutlichkeit wird dies in einem nach der Besetzung Belgrads [33] in der dortigen Sowjetgesandtschaft aufgefundenen russischen Schriftstück [34] mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:
“Die UdSSR. wird erst im gegebenen Moment reagieren. Die Achsenmächte haben ihre Streitkräfte weiter verzettelt, und deshalb wird die UdSSR plötzlich gegen Deutschland losschlagen”.
Die Sowjetregierung in Moskau ist der Stimme des russischen Volkes, das mit dem deutschen Volke ehrlich in Frieden und Freundschaft leben wollte, nicht gefolgt, sondern hat die alte bolschewistische Politik des Zweierlei-Gesichts fortgesetzt und damit eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

III.

Wenn schon die propagandistische Zersetzungsarbeit der Sowjetunion in Deutschland und im übrigen Europa keinen Zweifel an ihrer Einstellung gegenüber Deutschland aufkommen lassen kann, so spricht die Haltung der Sowjetregierung gegenüber Deutschland auf außenpolitischem und militärischem Gebiet seit Abschluß der deutsch-russischen Verträge eine noch deutlichere Sprache. In Moskau hatte bei Abgrenzung der Interessensphäre [35] die Sowjetrussische Regierung dem Reichsminister des Auswärtigen [36] erklärt, daß sie mit Ausnahme der sich damals in einem Zustand der Zersetzung befindlichen Gebiete des ehemaligen polnischen Staates nicht die Absicht habe, die in ihrer Interessensphäre liegenden Staaten zu besetzen, zu bolschewisieren oder zu annektieren. In Wahrheit ist aber, wie der Verlauf der Ereignisse gezeigt hat, die Politik der Sowjetunion in dieser Zeit ausschließlich auf ein Ziel gerichtet gewesen, nämlich darauf, die militärische Macht Moskaus in dem Raum zwischen Eismeer und Schwarzem Meer überall, wo es ihr möglich erschien, nach Westen vorzuschieben und

die Bolschewisierung weiter nach Europa hineinzutragen. Die Entwicklung dieser Politik ist durch folgende Etappen gekennzeichnet:
Eingeleitet wurde die Entwicklung durch den Abschluß der sogenannten Hilfeleistungspakte mit Estland [37], Lettland [38] und Litauen [39] im Oktober und November 1939 und durch Errichtung militärischer Stützpunkte in diesen Ländern.
Der nächste sowjetrussische Schachzug galt Finnland. Als die sowjetrussischen Forderungen, deren Annahme die Souveränität eines freien finnischen Staates beseitigt hätte, von der Finnischen Regierung abgelehnt wurden, veranlaßte die Sowjetregierung die Bildung der kommunistischen Pseudoregierung Kuusinen, und als das finnische Volk jede Verbindung mit dieser Regierung zurückwies, kam es zu dem Ultimatum an Finnland [40] und Ende November 1939 zum Einmarsch der Roten Armee. In dem im März [41] abgeschlossenen finnisch-russischen Frieden mußte Finnland einen Teil seiner südöstlichen Provinzen abtreten, die sofort der Bolschewisierung anheimfielen.
Wenige Monate später, d. h. im Juni 1940, ging die Sowjetunion gegen die baltischen Staaten vor. Litauen hatte nach dem ersten Moskauer Vertrag [42] zur deutschen Interessensphäre gehört. Auf Wunsch der Sowjetunion verzichtete die Reichsregierung im zweiten Vertrag [43] auf ihre Interessen in dem überwiegenden Teil dieses Landes, wenn auch schweren Herzens, um des lieben Friedens wegen zugunsten der Sowjetunion, während ein Streifen des Gebietes noch in der deutschen Interessensphäre verblieb. Nach einem Ultimatum vom 15. Juni wurde das gesamte Litauen, d. h. also auch der in der deutschen Interessensphäre verbliebene Teil Litauens ohne jede Benachrichtigung der Reichsregierung von der Sowjetunion besetzt, so daß nunmehr die UdSSR. sich unmittelbar an die ganze östliche Grenze Ostpreußens heranschob [44].

Als dann später an Deutschland dieser halb herangetreten wurde, überließ die Reichsregierung nach schwierigen Verhandlungen und um für eine freundschaftliche Regelung ein weiteres zu tun, auch diesen Teil Litauens der Sowjetunion. Kurze Zeit darauf wurden in gleicher Weise unter Mißbrauch der mit diesen Staaten abgeschlossenen Beistandspakte auch Lettland und Estland militärisch besetzt [45]. Das ganze Baltikum wurde nunmehr entgegen den ausdrücklichen Moskauer Zusicherungen bolschewisiert und wenige Wochen nach der Besetzung kurzerhand von der Sowjetregierung annektiert [46]. Gleichzeitig mit der Annexion erfolgten auf dem ganzen nördlichen Sektor der sowjetrussischen Machtposition gegen Europa die ersten starken Massierungen der Roten Armee3.
Daß die wirtschaftlichen Abmachungen Deutschlands mit diesen Staaten, die nach den Moskauer Vereinbarungen nicht beeinträchtigt werden sollten, von der Sowjetregierung einseitig aufgehoben wurden, sei hier nur nebenbei erwähnt.

In den Verträgen von Moskau wurde bei der Interessenabgrenzung im ehemaligen polnischen Staatsgebiet ausdrücklich vereinbart, daß keinerlei politische Agitation über diese Interessengrenzen erfolgen, sondern die Tätigkeit der beiderseitigen Okkupationsbehörden sich ausschließlich auf den friedlichen Aufbau dieser Gebiete beschränken sollte. Die Reichsregierung hat die unwiderleglichen Beweise dafür, daß trotz dieser Abmachungen die Sowjetunion schon bald nach der Besetzung dieses Gebietes eine deutschfeindliche Agitation nach dem Generalgouvernement Polen nicht nur gestattete, sondern sie gleichlaufend mit einer bolschewistischen Propaganda nach dem Generalgouvernement unterstützte. Auch in diese Gebiete wurden unmittelbar nach der Besetzung starke russische Garnisonen verlegt.
Noch während die deutsche Armee im Westen im Kampf gegen Frankreich und England stand, erfolgte der Vorstoß der Sowjetunion gegen den Balkan. Während die Sowjetregierung bei den Moskauer Verhandlungen erklärt hatte, daß sie ihrerseits niemals den Anstoß zur Lösung der bessarabischen Frage von sich aus geben würde, erhielt die Reichsregierung am 24. Juni 1940 von der Sowjetregierung die Mitteilung, diese sei nunmehr entschlossen, die bessarabische Frage mit Gewalt zu lösen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der Sowjetanspruch sich auch auf die Bukowina erstrecke, also auf ein Gebiet, das altes österreichisches Kronland war, niemals zu Rußland gehört hatte und über das in Moskau seinerzeit überhaupt nicht gesprochen worden war. Der deutsche Botschafter in Moskau [48] erklärte der Sowjetregierung, daß ihr Entschluß der Reichsregierung völlig unerwartet komme und zu einer schweren Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaftsinteressen in Rumänien sowie zu einer Störung des Lebens der dortigen starken deutschen Siedlung sowie des Deutschtums in der Bukowina führen müsse.

Herr Molotow erwiderte dagegen, daß die Angelegenheit außerordentlich dränge und daß die Sowjetunion eine Stellungnahme der Reichsregierung zu dieser Frage innerhalb 24 Stunden erwarte.
Trotz dieses brüsken Vorgehens gegen Rumänien hat die Reichsregierung auch dieses Mal wieder zur Erhaltung des Friedens und ihrer Freundschaft mit der Sowjetunion zu deren Gunsten eingegriffen.

Sie hat der rumänischen Regierung [49], die sich um Hilfe an Deutschland gewandt hatte, zum Nachgeben geraten und ihr die Überlassung Bessarabiens und der Nordbukowina an Sowjetrußland empfohlen.

Mit der zustimmenden Antwort der rumänischen Regierung [50] wurde der Sowjetregierung von Deutschland die Bitte der rumänischen Regierung übermittelt, ihr genügend Zeit zur Evakuierung dieser großen Gebiete und zur Sicherstellung von Leben und von Hab und Gut der dortigen Einwohner zu lassen. Wiederum jedoch stellte die Sowjetregierung Rumänien ein Ultimatum [51] und begann bereits vor Ablauf desselben am 28. Juni mit der

Besetzung von Teilen der Bukowina und anschließend des gesamten Bessarabiens bis an die Donau.
Auch diese Gebiete wurden von der Sowjetunion sofort annektiert [52], bolschewisiert und damit tatsächlich ruiniert. Mit der Besetzung und Bolschewisierung der gesamten der UdSSR. von der Reichsregierung in Moskau überlassenen Interessensphäre in Osteuropa und auf dem Balkan hat die Sowjetregierung klar und eindeutig entgegen den Moskauer Vereinbarungen gehandelt.

Trotzdem hat die Reichsregierung der UdSSR. gegenüber auch dann noch eine mehr als loyale Haltung eingenommen. Sie hat sich im finnischen Kriege [53] und in der baltischen Frage völlig zurückgehalten, sie hat in der bessarabischen Frage den Standpunkt der Sowjetregierung der rumänischen Regierung gegenüber unterstützt **und hat sich mit den von der Sowjetregierung geschaffenen Tatsachen, wenn auch schweren Herzens, abgefunden.**

Darüber hinaus aber hat sie, um Divergenzen zwischen den beiden Staaten von vornherein möglichst auszuschalten, eine großzügige Umsiedlungsaktion unternommen, durch die sie sämtliche Deutschen aus den von der UdSSR. besetzten Gebieten nach Deutschland zurückführte [54]. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß ein besserer Beweis für ihren Wunsch, zu einer dauernden Befriedung mit der UdSSR. zu kommen, wohl kaum erbracht werden konnte.

IV.

Durch das Vordringen Rußlands nach dem Balkan kamen die territorialen Probleme in diesem Raum ins Rollen. Rumänien und Ungarn wandten sich im Sommer 1940 an Deutschland, um einen Ausgleich ihrer territorialen Streitfragen herbeizuführen, nachdem durch diese Divergenzen, geschürt durch englische Agenten, Ende August eine scharfe Krise entstanden war. Ein unmittelbarer Kriegsausbruch zwischen Rumänien und Ungarn stand bevor.
Deutschland, das von Ungarn und Rumänien wiederholt um Vermittlung in ihrem Streit gebeten worden war, rief in dem Wunsch, den Frieden auf dem Balkan zu erhalten, gemeinsam mit Italien die beiden Staaten zu einer Konferenz nach Wien und fällte dort auf deren Bitten am 30. August 1940 den Wiener Schiedsspruch [55].

Die neue ungarisch – rumänische Grenze wurde dadurch festgelegt und, um der rumänischen Regierung zu ermöglichen, die von ihr gebrachten territorialen Opfer gegenüber ihrem Volke zu vertreten und jeden Streit in diesem Raum für die Zukunft auszuschließen, übernahmen Deutschland und Italien die Garantie des noch verbleibenden rumänischen Staates [56]. Da die russischen Aspirationen in diesem Raum befriedigt waren, konnte sich diese

Garantie in keiner Weise gegen Rußland richten. Trotzdem erhob die Sowjetunion Beschwerde und erklärte entgegen ihren früheren Erklärungen, wonach mit der Gewinnung Bessarabiens und der Nordbukowina ihre Aspirationen auf dem Balkan befriedigt waren, ihr weiteres Interesse an den Fragen des Balkans, die zunächst nicht näher definiert wurden.

Von diesem Zeitpunkt an zeichnet sich die gegen Deutschland gerichtete Politik Sowjetrußlands immer deutlicher ab. Die Reichsregierung erhält nunmehr immer konkretere Nachrichten, wonach die bereits seit langer Zeit schwebenden Verhandlungen des englischen Botschafters Cripps in Moskau [56] sich in günstiger Weise entwickeln.

Gleichzeitig gelangt die Reichsregierung in den Besitz von Unterlagen über intensive militärische Vorbereitungen der Sowjetunion auf allen Gebieten. Diese Unterlagen werden unter anderem bestätigt durch einen neuerdings in Belgrad aufgefundenen Bericht des jugoslawischen Militärattachés in Moskau [57] vom 17. Dezember 1940, in dem es u. a. wörtlich heißt:

"Nach Angaben aus Sowjetkreisen ist die Aufrüstung der Luftwaffe, der Panzerwaffe und der Artillerie auf Grund der Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges in vollem Gange und wird in der Hauptsache bis zum August 1941 abgeschlossen sein. Dies ist wahrscheinlich auch die äußerste (zeitliche) Grenze, bis zu der man keine fühlbaren Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik zu erwarten braucht."

Trotz der unfreundlichen Haltung der Sowjetunion in der Balkanfrage macht Deutschland nunmehr eine erneute Anstrengung zur Verständigung mit der UdSSR., indem der Reichsaußenminister in einem Brief an Herrn Stalin eine umfassende Darstellung der Politik der Reichsregierung seit den Moskauer Verhandlungen gibt. In dem Brief wird besonders auf folgendes hingewiesen: „Bei dem Abschluß des Dreimächtepaktes [59] von Deutschland, Italien und Japan sei übereinstimmend die Auffassung vertreten worden, daß dieser Pakt sich in keiner Weise gegen die Sowjetunion richte, sondern daß die freundschaftlichen Beziehungen der drei Mächte und ihre Verträge mit der UdSSR. durch diese Vereinbarung völlig unberührt bleiben sollten.

Im Dreimächtepakt von Berlin sei dies auch dokumentarisch zum Ausdruck gebracht worden [60]. Gleichzeitig wird in dem Brief der Wunsch und die Hoffnung ausgedrückt, daß es gelingen möge, das von den Dreierpaktmächten gewünschte freundschaftliche Verhältnis zur Sowjetunion gemeinsam weiter zu klären und in eine konkrete Form zu bringen. Um diese Fragen weiter zu behandeln, lädt der Reichsaußenminister Herrn Molotow nach Berlin ein."

Während des Besuchs von Herrn Molotow in Berlin [61] muß die Reichsregierung feststellen, daß Rußland zu einer wirklichen freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den Dreierpaktmächten und mit Deutschland im besonderen nur gewillt ist, wenn dieses bereit ist, den hierfür von der Sowjetunion geforderten Preis zu zahlen.

Dieser Preis besteht in einem weiteren Vordringen der Sowjetunion im Norden und Südosten Europas. Folgende Forderungen wurden von Herrn Molotow in Berlin und in den anschließenden diplomatischen Besprechungen mit dem Deutschen Botschafter in Moskau gestellt [62]:
Die Sowjetunion wünscht, Bulgarien eine Garantie zu geben und darüber hinaus mit diesem Staat einen Beistandspakt nach dem Muster der Beistandspakte im Baltikum [63], d. h. also mit militärischen Stützpunkten, abzuschließen, während Herr Molotow erklärt, an dem inneren Regime Bulgariens nicht rühren zu wollen. Auch der Besuch des russischen Kommissars Sobolew [64] in Sofia in dieser Zeit galt der Verwirklichung dieses Zieles.

Die Sowjetunion verlangt eine vertragliche Abmachung mit der Türkei zum Zweck der Schaffung einer Basis für Land- und Seestreitkräfte der UdSSR. am Bosporus und den Dardanellen auf der Grundlage einer langfristigen Pacht [65]. Für den Fall, daß die Türkei sich hiermit nicht einverstanden erklären sollte, sollen Deutschland und Italien sich den russischen diplomatischen Maßnahmen zur Erzwingung dieser Forderung anschließen. Diese Forderungen laufen auf eine Beherrschung des Balkans durch die UdSSR hinaus.
Die Sowjetunion erklärt, sich abermals [66] von Finnland bedroht zu fühlen, und fordert deshalb die völlige Preisgabe Finnlands durch Deutschland, was praktisch die Besetzung dieses Staates und Ausrottung des finnischen Volkes bedeutet.

Deutschland konnte diese russischen Forderungen, die von der Sowjetregierung als Vorbedingung für den Zusammenschluß mit den Dreierpaktmächten bezeichnet wurden, selbstverständlich nicht annehmen.

Damit waren die Bemühungen der Dreierpaktmächte um eine Verständigung mit der Sowjetunion gescheitert. Die Folge dieser deutschen Haltung war, daß Rußland seine nun bereits immer offener gegen Deutschland gerichtete Politik intensivierte und daß seine immer engere Zusammenarbeit mit England [67] klar zutage trat. Im Januar 1941 kam diese ablehnende russische Haltung zum ersten Male auch auf dem diplomatischen Gebiet zum Durchbruch. Als nämlich Deutschland in diesem Monat in Bulgarien gewisse Sicherungsmaßnahmen gegen die Landung britischer Truppen in Griechenland traf, hat der russische Botschafter in Berlin [68] in einer offiziellen Demarche darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion das

Territorium Bulgariens und der beiden Meerengen als Sicherheitszone der UdSSR. ansehe und daß sie den Ereignissen in diesen Gebieten, die die Interessen dieser Sicherheit bedrohten, nicht teilnahmslos gegenüberstehen könne. Aus diesem Grunde warne die Sowjetregierung vor dem Erscheinen deutscher Truppen in dem Territorium Bulgariens und der beiden Meerengen.

Die Reichsregierung hat daraufhin der Sowjetregierung erschöpfend Aufschluß über die Gründe und Ziele ihrer militärischen Maßnahmen auf dem Balkan gegeben. Sie hat darauf hingewiesen, daß Deutschland jeden Versuch Englands, in Griechenland Fuß zu fassen, mit allen Mitteln verhindern werde, daß es aber nicht die Absicht habe, die Meerengen zu besetzen, sondern daß es das türkische Hoheitsgebiet respektieren werde. Der Durchmarsch deutscher Truppen durch Bulgarien könne nicht als eine Verletzung der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion angesehen werden, die Reichsregierung glaube vielmehr, mit diesen Operationen auch den sowjetischen Interessen zu dienen. Nach Durchführung der Operationen auf dem Balkan werde Deutschland seine Truppen von dort wieder zurückziehen.

Trotz dieser Erklärung der Reichsregierung hat die Sowjetregierung ihrerseits unmittelbar nach dem Einmarsch deutscher Truppen [69] an die bulgarische Adresse eine Erklärung veröffentlicht, die einen direkt feindseligen Charakter gegen das Deutsche Reich hatte und die darauf hinauslief, daß die Anwesenheit deutscher Truppen in Bulgarien nicht dem Frieden auf dem Balkan, sondern dem Kriege diene. Die Erklärung für diese Haltung gaben der Reichsregierung die sich zu dieser Zeit verdichtenden Nachrichten über eine immer enger werdende Zusammenarbeit zwischen Sowjetrußland und England. Trotzdem hat Deutschland auch hierzu geschwiegen.

Auf derselben Linie liegt die im März 1941 von der Sowjetregierung der Türkei gegebene Rückendeckung für den Fall, daß diese in den Krieg auf dem Balkan eintreten würde [70]. Dies war, wie der Reichsregierung bekannt, das Ergebnis englisch-russischer Verhandlungen während des Besuches des britischen Außenministers [71] in Ankara [72], dessen Berlin, den 21. Juni 1941. Bemühungen darauf gerichtet waren, auf diesem Wege Rußland immer enger in die englische Kombination einzubeziehen.

V.

Die sich seit dieser Zeit immer steigernde aggressive Politik der Sowjetregierung gegenüber dem Deutschen Reich und die bisher noch einigermaßen verschleiert durchgeführte politische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und England wird aber mit dem Ausbruch der Balkankrise Anfang April dieses Jahres vor aller Welt offenbar. Es steht heute einwandfrei fest, daß der nach dem Beitritt Jugoslawiens zum Dreierpakt [73] in Belgrad angestiftete Putsch [74] von England im Einvernehmen mit Sowjetrußland inszeniert wurde. Schon seit langem, nämlich seit dem 14.

November 1940, hatte Rußland im geheimen die Aufrüstung Jugoslawiens gegen die Achsenmächte betrieben. Dokumente, die der Reichsregierung nach der Besetzung Belgrads [75] in die Hände gefallen sind und die über jede Phase dieser russischen Waffenlieferung an Jugoslawien [76] Aufschluß geben, beweisen dies eindeutig. Als dann der Belgrader Putsch gelungen war, schließt Rußland am 5. April mit der illegalen serbischen Regierung Simowitsch einen Freundschaftspakt [77], der den Putschisten den Rücken stärken und dessen Gewicht der gemeinsamen englisch-jugoslawisch-griechischen Front zugute kommen sollte. Mit sichtbarer Genugtuung stellt hierzu der amerikanische Unterstaatssekretär, Herr Sumner Welles, nachdem er vorher mehrere Besprechungen mit dem Sowjetbotschafter in Washington [78] gehabt hatte, am 6. April 1941 fest:
Der russisch-jugoslawische Pakt könne unter Umständen von größter Bedeutung sein, er stoße auf vielseitiges Interesse, und es lägen Gründe für die Annahme vor, daß er mehr als lediglich ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt sei.

Zur selben Zeit also, in der deutsche Truppen gegen die sich massierenden englischen Landungen in Griechenland auf rumänischem und bulgarischem Gebiet zusammengezogen wurden [79], versucht die Sowjetunion, nun schon im klaren Einvernehmen mit England, Deutschland in den Rücken zu fallen, indem es
Jugoslawien politisch offen und militärisch im geheimen unterstützt, versucht, die Türkei durch die Zusicherung der Rückendeckung zu einer aggressiven Haltung gegen Bulgarien und Deutschland zu bewegen und zu einem Aufmarsch der türkischen Armeen in sehr ungünstiger militärischer Position in Thrazien zu veranlassen,
selbst eine starke Truppenmacht an der rumänischen Grenze in Bessarabien und an der Moldau konzentriert [80] und
indem plötzlich Anfang April der Stellvertretende Volkskommissar im Außenkommissariat [81] Wyschinski den Versuch unternimmt, in Gesprächen mit dem rumänischen Gesandten Gafencu in Moskau eine Politik der schnellen Annäherung an Rumänien einzuleiten, um dieses Land zum Abfall von Deutschland zu veranlassen.
Die englische Diplomatie macht durch die Vermittlung der Amerikaner in Bukares [82] Anstrengungen in gleicher Richtung.

Die aufmarschierten deutschen Truppen in Rumänien und Bulgarien sollten also nach dem englisch-russischen Plan hier von drei Seiten, nämlich aus Bessarabien, aus Thrazien und aus Serbien-Griechenland angegriffen werden.

Nur der Loyalität des Generals Antonescu, der realistischen Einstellung der Türkischen Regierung und vor allem dem schnellen deutschen Zupacken und den entscheidenden Siegen der deutschen Armee [83] ist es zuzuschreiben,

daß dieser englisch-russische Plan vereitelt wurde. Wie der Reichsregierung aus Meldungen bekannt geworden ist, sind fast 200 jugoslawische Flugzeuge, besetzt mit sowjetrussischen und englischen Agenten sowie serbischen Putschisten, unter Anführung des Herrn Simitsch [84] teils nach Rußland, wo diese Offiziere heute in der russischen Armee Dienst tun, teils nach Ägypten geflogen. Schon diese Einzelheit wirft ein besonders charakteristisches Licht auf die enge Zusammenarbeit Englands und Rußlands mit Jugoslawien.

Vergeblich hat die Sowjetregierung verschiedentlich versucht, die wirklichen Absichten ihrer Politik zu verschleiern. Ebenso wie sie noch in der letzten Periode den Wirtschaftsverkehr mit Deutschland aufrecht erhielt, so hat sie auch eine Reihe von Einzelaktionen gemacht, um der Welt ein normales oder gar freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland vorzutäuschen. Dahin gehört z.B. die von ihr vor einigen Wochen [85] vorgenommene Abschiebung des norwegischen, belgischen, griechischen und jugoslawischen Gesandten, das durch den britischen Botschafter Cripps im Einvernehmen mit ihr veranlaßte Stillschweigen der britischen Presse über das deutsch-russische Verhältnis und endlich auch das vor kurzem erschienene Tass-Dementi [86], das die Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland als völlig korrekt hinzustellen suchte. Diese Tarnungsmanöver, die in so krassem Gegensatz zu der wirklichen Politik der Sowjetregierung stehen, haben selbstverständlich die Reichsregierung nicht irreführen können.

VI.

Die deutschfeindliche Politik der Sowjetregierung wurde auf militärischem Gebiete begleitet von einer ständig zunehmenden Konzentrierung der gesamten verfügbaren russischen Streitkräfte auf einer langen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer [87]. Schon zu einer Zeit, als Deutschland im Westen im französischen Feldzug stark engagiert war und als sich im Osten nur ganz geringe deutsche Truppenteile befanden, begann das russische Oberkommando mit der systematischen Verlegung größerer Truppenkontingente an die östliche Reichsgrenze, wobei besondere Massierungen gegenüber Ostpreußen und dem Generalgouvernement, ferner in der Bukowina und in Bessarabien gegenüber Rumänien festgestellt wurden.

Auch gegenüber Finnland wurden die russischen Garnisonen ständig verstärkt. Die Verschiebung von immer neuen russischen Divisionen aus Ostasien und dem Kaukasus nach dem europäischen Rußland waren weitere Maßnahmen auf diesem Gebiete. Nachdem die Sowjetregierung seinerzeit erklärt hatte, daß z.B. das Baltikum mit nur ganz geringen Truppen belegt werden würde, erfolgte allein in diesem Raume nach Durchführung der Besetzungsaktion eine sich immer steigernde Konzentration von russischen Truppenmassen, die heute auf 22 Divisionen geschätzt werden. Es ergibt sich somit das Bild, daß die russischen Truppen sich immer näher an die

deutsche Grenze heranschoben, obwohl von deutscher Seite keine militärischen Maßnahmen getroffen wurden, mit denen eine solche russische Aktion hätte begründet werden können.

Erst dieses russische Verhalten hat die deutsche Wehrmacht zu Gegenmaßnahmen gezwungen. Ferner haben sich die einzelnen Verbände des russischen Heeres und der Luftwaffe nach vorn aufgeschlossen, und die Flugplätze entlang der deutschen Grenze sind mit starken Verbänden der Luftwaffe belegt. Seit Anfang April sind ebenfalls vermehrte Grenzverletzungen und sich immer steigernde Überfliegungen des deutschen Reichsgebietes durch russische Flugzeuge festzustellen [88]. Dasselbe trifft laut Mitteilungen der rumänischen Regierung auch für das rumänische Grenzgebiet der Bukowina, der Moldau und der Donau zu. Das Oberkommando der Wehrmacht hat die außenpolitische Leitung des Reiches seit Anfang d. J. wiederholt auf diese immer zunehmende Bedrohung des Reichsgebietes durch die russische Armee hingewiesen und dabei betont, daß diesem Aufmarsch nur aggressive Absichten zugrunde liegen könnten. Diese Mitteilungen des Oberkommandos der Wehrmacht werden mit allen darin enthaltenen Einzelheiten der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden [89].

Wenn aber noch die geringsten Zweifel über die Aggressivität des russischen Aufmarsches bestehen konnten, so sind diese durch die Nachrichten, die dem Oberkommando der Wehrmacht in den letzten Tagen zugegangen sind, restlos beseitigt. Nach Durchführung der russischen Generalmobilmachung sind heute nicht weniger als 160 Divisionen gegen Deutschland aufmarschiert.

Die Beobachtungsergebnisse der letzten Tage zeigen, daß die Gruppierung der russischen Truppen und insbesondere der motorisierten und Panzerverbände in einer Weise erfolgt ist, daß das russische Oberkommando zu einem aggressiven Vorgehen gegen die deutsche Grenze an verschiedenen Stellen jederzeit in der Lage ist. Die Meldungen über vermehrte Aufklärungs- und Patrouillentätigkeit sowie täglich eingehende Meldungen über Zwischenfälle an der Grenze und Vorpostengefechte zwischen den beiden Armeen vervollständigen das Bild einer aufs äußerste gespannten militärischen Lage, die jederzeit zur Entladung kommen kann. Die heute aus England kommenden Nachrichten über die Verhandlungen des englischen Botschafters Cripps über eine noch engere Zusammenarbeit zwischen der politischen und militärischen Leitung Englands und Sowjetrußlands sowie der Aufruf des früher immer sowjetfeindlich eingestellten Lord Beaverbrook [90] zur Unterstützung Rußlands mit allen zur Verfügung stehenden Kräften in seinem kommenden Kampf und die Aufforderung an die Vereinigten Staaten, ein gleiches zu tun, beweist eindeutig, welches Schicksal man dem deutschen Volk bereiten möchte.

Zusammenfassend hat die Reichsregierung daher folgende Erklärung abzugeben:
Entgegen allen von ihr übernommenen Verpflichtungen und in krassem Widerspruch zu ihren feierlichen Erklärungen hat die Sowjetregierung sich gegen Deutschland gewandt:
Sie hat:
ihre gegen Deutschland und Europa gerichteten Zersetzungsversuche nicht nur fortgesetzt, sondern seit Kriegsausbruch noch verstärkt; sie hat
in sich immer steigerndem Maße ihre Außenpolitik gegen Deutschland feindlich eingestellt, und sie ist
mit ihren gesamten Streitkräften an der deutschen Grenze sprungbereit aufmarschiert.

Damit hat die Sowjetregierung die Verträge und Vereinbarungen mit Deutschland verraten und gebrochen. Der Haß des bolschewistischen Moskau gegen den Nationalsozialismus war stärker als die politische Vernunft. In Todfeindschaft steht der Bolschewismus dem Nationalsozialismus gegenüber. Das bolschewistische Moskau ist im Begriff, dem nationalsozialistischen Deutschland in seinem Existenzkampf in den Rücken zu fallen. Deutschland ist nicht gewillt, dieser ernsten Bedrohung seiner Ostgrenze tatenlos zuzusehen. Der Führer hat daher nunmehr der deutschen Wehrmacht den Befehl erteilt, dieser Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzutreten. In dem kommenden Kampf ist sich das deutsche Volk bewußt, daß es nicht nur zum Schutz der Heimat antritt, sondern daß es dazu berufen ist, die gesamte Kulturwelt vor den tödlichen Gefahren des Bolschewismus zu retten und den Weg für einen wahren sozialen Aufstieg in Europa frei zu machen.

Berlin, den 21. Juni 1941.

***

Wie Sie nun erfahren konnten, hat sich die Regierung des Deutschen Reiches sehr wohl um die Erhaltung des Friedens eingesetzt.
Durch den massiven Druck von England und der UdSSR kam es zur deutschen Besetzung von Bulgarien, Jugoslawien und Griechenland.
In jedem dieser Fälle wurde die deutsche Regierung um ihre Hilfe und Beistand gebeten. Einfach zu sagen, die Wehrmacht unterjochte Europa, ist eine gewaltige Lüge, die mit der Realität überhaupt nichts gemeinsam hat.
Interessant ist auch das spurlose Verschwinden dieser diplomatischen Note an die Sowjetunion. Sie erklärt so manche Wissenslücke, welche heute in den Staatsmedien mit Lügen, Mutmaßungen und Horrormärchen gefüllt wird.
Diese diplomatische Note ist wohl eine der wichtigsten

geschichtlichen Zeugnisse über die aggressive Politik Englands und der Sowjetunion gegenüber Deutschland.

***

Quellenverzeichnis:

Fußnoten des Vorwort

1) Deutsches Institut für außenpolitische Forschung, Berlin (Hrsg.), Monatshefte für auswärtige Politik, 8. Jahrgang 1941, Berlin – Braunschweig – Wien, S. 563. – Vgl. auch HT Nr. 58, insb. S. 22 ff.

2) Bogdan Musial, "Kampfplatz Deutschland — Stalins Kriegspläne gegen den Westen", Berlin 2008, Propyläen Verlag, Ullstein Buchverlage. – Vergl. Historische Tatsachen Nr. 103, S. 3 ff.

3) Prof. Dr. F. A. Six (Hrsg.) "Dokumente der deutschen Politik – Der Kampf gegen den Osten 1941″, Teil 1, bearbeitet von Dr. Hans Volz, Berlin 1944, Band 9 / Teil 1, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut, Reihe: Das Reich Adolf Hitlers, Verlag Junker und Dünnhaupt AG.

Fußnoten der Note

1) Völkischer Beobachter (VB.) vom 23. Juni 1941; Monatshefte für Auswärtige Politik Jahrg. 8 (1941), S. 551 – 563. Am 22. Juni 1941 morgens 6 Uhr teilte Reichsaußenminister von Ribbentrop in Anwesenheit von Vertretern der in- und ausländischen Presse im Bundesratssaal des Auswärtigen Amtes zu Berlin durch den Rundfunk der Öffentlichkeit mit, er habe den Botschafter der Sowjetregierung Dekanosow (über ihn vgl. oben S. 179 Anm. 1) empfangen und ihm zur Kenntnis gebracht, daß gegenüber der deutschfeindlichen Politik der Sowjetregierung und der Bedrohung der deutschen Reichsgrenzen durch den ungeheuren Aufmarsch der Roten Armee die Reichsregierung mit dem heutigen Tage zu militärischen Abwehrmaßnahmen geschritten sei (gleichzeitig [um 5.30 Uhr] hatte auch der deutsche Botschafter in Moskau Friedrich Werner Graf von der Schulenburg dem sowjetrussischen Außenkommissar Molotow dieselbe Mitteilung gemacht). Nach anschließender Verlesung der obigen Note gab Ribbentrop folgende Erklärung (VB. vom 23. Juni 1941) ab: "Zur Beleuchtung der aggressiven und destruktiven Politik der Sowjets werden weitere Dokumente veröffentlicht, die eindeutig beweisen, daß die Sowjetunion mit Sabotage und Zersetzungspropaganda die Vernichtung des nationalsozialistischen Deutschland betrieb. Der Weltöffentlichkeit werden folgende Dokumente übergeben: Ein Bericht des Auswärtigen Amtes über die Propaganda und politische Agitation der Sowjetregierung [vom 24. Juni 1941: unten S. 222 –

236 (Dok. 28)]. Berichte des Oberkommandos der Wehrmacht an die Reichsregierung über den sowjetrussischen Aufmarsch gegen Deutschland [oben S. 154-166 (Dok. 21)]. Ein Bericht des Reichsministers des Innern und des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei an die Reichsregierung über die gegen Deutschland und den Nationalsozialismus gerichtete Zersetzungsarbeit der UdSSR, [vom 10. Juni 1941; oben S. 166 – 183 (Dok. 22)]. Diese Dokumente beweisen unwiderleglich die Ziele und Absichten der Moskauer Machthaber. Der Führer ist diesen Absichten begegnet."

2) Dokumente Bd. 7, Dok. 32.

3) Dokumente Bd. 7, Dok. 60a.

4) Nach entsprechenden "Beschlüssen" der westukrainischen und weißruthenischen "Nationalversammlungen" vom 27. und 29. Oktober 1939 beschloß der Oberste Sowjet am 1.November die Aufnahme der Westukraine und am 2. die Weißrutheniens in die UdSSR.

5) Ribbentrop weilte am 23724. August und vom 27. bis 29. September 1939 in Moskau.

6) Vgl. dazu K. Krupinski, Die Komintern seit Kriegsausbruch (Berlin o. J), S. 54-56.

7) Vgl. dazu obenS. 169.

8) + *)S. 4 –Vgl. dazu oben S. 179-182.

9) Vgl. dazu oben S. 174-176.

10) Vgl. dazu oben S. 177 f.

11) Über ihn vgl. auch oben S. 179 f.

12) Über ihn vgl. auch oben S. 179.

13) Vgl. dazu auch den Bericht des Reichsministers Dr. Frick und des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei Himmler an die Reichsregierung vom 10. Juni 1941 (oben S. 166-183 [Dok. 22]).

14) Vgl. dazu den dokumentarischen Bericht des Auswärtigen Amtes vom 24. Juni 1941 (unten S. 222 – 236 [Dok. 28]).

15) 5. Februar 1939 – 27. März 1941; über diese Regierung vgl. unten S. 415

Anm. 1.

16) Vgl. unten S. 225.

17) Am frühen Morgen des 13. April 1941 besetzten deutsche Truppen Belgrad.

18) Hauptstadt Ostkareliens.

19) Am 1. Mai 1941 war das gesamte griechische Festland in der Hand der Achsenmächte.

20) Bulgarien trat am 1. März 1941 dem Dreimächtepakt bei (unten S. 406 – 409 [Dok. 49]).

21) Darüber vgl. unten S. 196 und 211.

22) Darüber vgl. unten S. 212, 231 und 386.

24) Vgl. dazu auch unten S. 231 f.

25) Armeegeneral Merezkow.

26) Oberst Scharko Popowitsch.

27) Vgl. dazu auch unten S. 232 f.

28) Über Jugoslawiens Beitritt zum Dreimächtepakt am 25. März 1941 vgl. oben S. 95 und unten S. 415-420 (Dok. 52).

29) Über diesen vgl. oben S. 58 Anm. 2.

30) Über diese serbische Geheimorganisation vgl. oben S. 84.

31) In dem dokumentarischen Bericht des Auswärtigen Amtes vom 24. Juni 1941 (unten S. 222 – 236 [Dok. 28]).

32) Vgl, die Erklärung der deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR, vom 28. September 1939 (Dokumente Bd. 7, Dok. 60 b).

33) 13. April 1941.

34) Vgl. auch unten S. 225 f.

35) Im deutsch-sowjetrussischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 8.

September 1939.

36) Ribbentrop weilte damals vom 27. bis 29. Septmber 1939 in Moskau.

37) Vom 28. September 1939 (Monatsheftefür Auswärtige Politik Jahrg. 6 [1939], S. 992 f.).

38) Vom 5. Oktober 1939 (ebd. S. 993).

39) Vom 10. Oktober 1939 (ebd. S. 993 f.).

40) Vom 26. November 1939.

41) Vom 12. März 1940 (Monatshefte für Auswärtige Politik Jahrg. 7 [1949] S. 284 – 286).

42) Vom 23. August 1939.

43) Vom 28. September 1939.

44) Vgl. dazu oben S. 1 52 Anm. 2.

45) Nach einem Ultimatum vom 16. Juni 1940 erfolgte am 17. der sowjetrussische Einmarsch.

46) Durch Beschluß des Obersten Sowjets wurde am 3. August 1940 Litauen, am 5. Lettland und am 6. Estland als vierzehnte, fünfzehnte und sechzehnte Bundesrepublik in die Sowjetunion einbezogen; betr. Litauen vgl. auch oben S. 152 Anm. 2.

47) Vgl. oben S. 162.

48) Friedrich Werner Graf von der Schulenburg.

49) Unter Ministerpräsident George Tatarescu (seit 25. November 1939).

50) Vom 27. Juni 1940.

51) Am 27. Juni 1940.

52) Durch Beschluß des Obersten Sowjets wurde am 2. August 1940 Bessarabien mit der zur Bundesrepublik erklärten Moldauischen Republik sowie die Nordbukowina mit der Ukrainischen Bundesrepublik vereinigt.

53) Vgl. die deutsche Verlautbarung vom 7. Dezember 1939 (Dokumente Bd.

7, S. 173 f. Anm. 1).

54) Über die Umsiedlung vgl. Dokumente Bd. 7, S. 633 f. Und 664-667 (Dok. 126), Bd. 8, S. 334 und 624-639 (Dok. 1 10) sowie unten S. 700 und 703 bis 729 (Dok. 128 und 129).

55) Vgl. dazu Dokumente Bd. 8, S. 302 und 383-389 (Dok. 57).

56) Dokumente Bd. 8, S. 390 (Dok. 58).

57) Nachdem die sowjetrussische Regierung ihm (als Nachfolger des bisherigen, Anfang Januar 1940 nach London zurückberufenen Botschafters Sir William Seeds) am 3. Juni 1 940 das Agröment erteilt hatte, traf er am 12. in Moskau ein. Vgl. dazu auch unten S. 236 Anm. 1 . Cripps hatte sich übrigens bereits im Jahre 1 933 bei dem in London (in der Zeit vom 14. September bis 20. Dezember 1933) anläßlich des deutschen Reichstagsbrandstifterprozesses “zur Verhöhnung des Obersten Deutschen Gerichtshofes veranstalteten Justizkomödie” (Dokumente Bd. 2 [7. Aufl.], S.32) in deutschfeindlicher Weise als “Berichterstatter” bei dem sogenannten “internationalen Untersuchungsausschuß” betätigt.

58) Oberst Scharko Popowitsch.

59) Vom 27. September 1940 (Dokumente Bd. 8, S. 316 – 325 [Dok. 45]).

60) In Artikel 5 (Dokument Bd. 8, S. 325).

61) 12. – 14. November 1940; vgl. dazu Dokumente Bd. 8, S. 402 – 409 (Dok. 61).

62) Vgl. dazu auch unten S. 210 – 212 und 298 f.

63) Vgl. oben S. 191 Anm. 3 – 5.

64) Am 25. und 27. November 1940 wurde der Chef der sowjetrussischen Delegation bei der Donaukonferenz und Generalsekretär des Außenkommissariats Sobolew von König Boris III. Empfangen; vgl. auch unten S. 230.

65) Diese Forderung war von sowjetrussischer Seite bereits bei dem dreiwöchigen Besuch des türkischen Außenministers Sükrü Saracoglu (im September/Oktober 1939) in Moskau unmittelbar an die Türkei gerichtet worden.

66) Vgl. unten S. 210 f. Anm. 5.

67) Vgl. dazu auch unten S. 234-236.

68) Wladimir Georgiewitsch Dekanosow (seit 19. Dezember 1940); über ihn vgl. oben S. 178f.

69) Der deutsche Einmarsch begann am 2. März 1941; vgl. unten S. 409 (Dok. 50).

70) Die sowjetrussische und türkische Regierung veröffentlichte am 24. März 1941 eine entsprechende gemeinsame Verlautbarung.

71) Anthony Eden (seit 23. Dezember 1940).

72) 26.-28. Februar 1941; vgl. auch unten S. 235 und Anm. 2.

73) 25. März 1941 (unten S. 415 – 421 [Dok. 52 – 53c]).

74) Über diesen vgl. auch oben S. 58 Anm. 2.

75) 13. April 1941.

76) Über diese vgl. auch unten S. 232.

77) Über diesen vgl. auch unten S. 233 f. Über die Vorgeschichte dieses Vertrages berichtete der frühere amerikanische Korrespondent in Moskau Eric Estorick in seinem Buche “Stafford Cripps. Prophetic Rebell” (New York 1 942) auf Grund der Aufzeichnungen des Privatsekretärs Wilson des früheren Botschafters in Moskau Sir Stafford Cripps nähere Einzelheiten: Am 20. März 1941 fand in der Villa der Britischen Botschaft in Perlowka bei Moskau eine geheime Besprechung zwischen Botschafter Cripps (über ihn vgl. oben S. 195 Anm. 3), dem Gehilfen des sowjetischen Außenkommissars Wyschinski und dem jugoslawischen Gesandten Dr. Milan Gawrilowitsch (über ihn vgl. oben S. 188 f. Anm. 6) statt. Gawrilowitsch, der soeben aus Belgrad zurückgekehrt war, berichtete, daß die Unterzeichnung des Dreimächtepaktes durch die Regierung Zwetkowitsch bevorstehe; doch sei eine Gruppe serbischer Offiziere unter Führung des Generals Simowitsch bereit, an Englands Seite in den Krieg gegen Deutschland einzutreten. Wyschinski erklärte, auch die Sowjetregierung sei ~ ebenso wie England, das diesem Plane grundsätzlich zustimmte, — zur Unterstützung der Putschisten bereit und werde mit ihnen einen Vertrag abschließen, sobald sich diese der Regierung bemächtigt hätten. Er versprach, am 26. März Stalin und Molotow aufeiner Sitzung im Kreml einen Vertragsentwurf vorzulegen und am 27. Gawrilowitsch entsprechende schriftliche Zusagen zu übergeben. Da sich aber der jugoslawische Ministerpräsident Zwetkowitsch bereits am 24. März nach Wien zur Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls begab, erschien

Gawrilowitsch erneut bei Cripps und erklärte, die Putschisten seien bereit und drängten auf Abschluß des in Aussicht gestellten Vertrages. Wyschinski, dem Cripps diese Tatsachen telephonisch mitteilte, erklärte, er habe Stalin noch nicht Vortrag halten können, versprach aber, Gawrilowitsch den Vertrag baldigst zuzustellen. Daraufhin erfolgte der Staatsstreich in der Nacht zum 27. März. Auf Gawrilowitschs Drängen nach dem Vertragsabschluß erklärte Wyschinski, die Sowjetunion sei nach wie vor zur Unterstützung Belgrads bereit. Auch Cripps, der in den Kreml gerufen wurde, versicherte die Putschisten der britischen Unterstützung; er erklärte ferner (und zwar völlig wahrheitswidrig, wie eine spätere telephonische Anfrage Gawrilowitschs in Ankara ergab), die englische und amerikanische Diplomatie hätte sogar erreicht, daß die Türkei an Jugoslawiens Seite in den Krieg trete. Am Abend des 5. April wurde dann der Pakt in Moskau unterzeichnet.

78) Konstantin A. Umansky.

79) Vgl. oben S. 52 (Dok. 5).

80) Vgl. oben S. 162 und 165f.

81) Seit 7. September 1940.

82) Nachdem der britische Gesandte in Bukarest Sir Reginald Hoare der rumänischen Regierung in einer Note vom 10. Februar 1941 mitgeteilt hatte, daß er von seiner Regierung den Auftrag erhalten habe, zusammen mit dem Gesandtschaftspersonal am 15. Februar Rumänien zu verlassen, und daraufhin die rumänische Regierung den gleichen Schritt ergriffen hatte, waren mit dem 15. die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern abgebrochen (die britische Kriegserklärung an Rumänien erfolgte erst am 6. Dezember 1941).

83) Uber diese vgl. oben S. 48.

84) Ober ihn vgl. oben S. 189.

85) 9. Mai 1941.

86) Vom 14. Juni 1941.

87) Vgl. dazu oben S. 158 – 166.

88) Vgl. dazu oben S. 159 f.

89) Oben S. 154-166 (Dok. 21).

90) Bis 1, Mai 1941 britischer Minister für Flugzeugproduktion, dann Staatsminister ohne Portefeuille; am 30. Juni zum Bester ernannt.

***

Quelle: Morbus Ignorantia

Posted by sternbald on 11. Februar 2015 · Kommentare deaktiviert für Die verschollene Note des Auswärtigen Amtes an die Sowjetregierung vom 21. Juni 1941